

Materialien - Dokumente Sozialdemokratie / Arbeiterrat / Volkswehr - Juni 1919 - September 1920

16 Dokumente, 49 Seiten, Faksimile

Die hier zusammengestellten Dokumente umfassen den Zeitraum Juni 1919 bis September 1920. Sie decken damit jenen Zeitraum ab, in dem Josef Frey - am linken Rand der Sozialdemokratie positioniert - eine wichtige Position in Wiener Soldatenrat und Volkswehr innehatte und mit der SARA, der *Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterräte*, auch organisatorische Schritte zur Sammlung der Linken in der Sozialdemokratie unternahm.

In den Beginn dieses Zeitraums fällt die zweite Reichskonferenz der deutschösterreichischen Arbeiterräte (30.6.-3.7.1919), in das Ende die dritte Reichskonferenz der Arbeiterräte (31.5.-2.6.1920), in der Josef Frey „als unumstrittener Führer der Linksopposition“ der Sozialdemokratie die, wie es der ansonsten nicht eher Frey-freundlich gesinnte Hans Hautmann formulierte, „wohl größte Stunde seiner politischen Laufbahn erlebte“.¹ Damit wird zwar gekonnt die wichtige Rolle unter den Tisch gekehrt, die Josef Frey ab 1921 in der KPÖ spielte, aber dass Josef Frey bei den Beratungen der Reichskonferenz eine wichtige Rolle spielte, ist wohl unbestritten.

Ein Dokument fällt zeitlich aus dem Rahmen: Es wurde der KPÖ-Zeitschrift *Der Rote Gewerkschafter* entnommen und stammt aus dem Jahr 1926 - *Zur Geschichte der sozialdemokratischen Linken* ist aber eine Rückschau auf die SARA und ihre Zeitschrift *Der Arbeiterrat*. Auch wenn 1926 die zentrale Bedeutung von Josef Frey nicht gewürdigt wurde (allein die positive Erwähnung seines Namens in diesem Artikel muss schon fast als Sensation gewertet werden!), bietet er doch ein anschauliches Bild der linken Opposition der SdAP, der österreichischen Sozialdemokratie, in der fraglichen Periode.

Sozialdemokratie / Arbeiterrat / Soldatenrat - Juni 1919 - September 1920

Nr.	Autor/innen	Dokument	Zeit	Seiten
1	Josef Frey	2. Reichskonferenz der deutschösterreichischen Arbeiterräte - Antrag Frey zum 3. Punkt der Tagesordnung und eine Resolution von Frey	30.6.- 3.7.1919	2
2	Josef Frey	2. Reichskonferenz der deutschösterreichischen Arbeiterräte - Redebeitrag Dr. Frey - Arbeiter-Zeitung 3.7.1919, S.2-3	3.7.1919	2
3	Fraktion der kommunistischen Soldatenräte der Volkswehr Wiens	Resolution	21.7.1919	1
4	Hönigmann	Brief an Josef Frey [mit Kuvert]	[ca. August 1919]	6
5	Josef Frey	Entwurf der „Habsburgerrede“ (gehalten am 13.8.1919)	[ca. 13.8.1919]	3
6	Köhler	Brief an Josef Frey	26.8.1919	2

¹ Hautmann, Hans: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918-1924. - Wien-Zürich 1987, S.558

7	Hans Hellmer	Brief an Josef Frey	11.12.1919	1
8	Wiener Kreisarbeiterrats	Aufruf des Wiener Kreisarbeiterrats [handschriftlicher Entwurf von Josef Frey]	[ca. Ende 1919]	
9	Bataillons-Soldatenrat des Volkswehrbataillons 40 „Frey“	Brief an Josef Frey	31.12.1919	1
10	Volkswehr	Anträge [diverse Anträge betr. Disziplinarkommissionen in der Volkswehr - handschriftlicher Entwurf von Josef Frey]	[ca. Anfang 1920]	3
11	Josef Frey	Frey gibt folgende Erklärung zu Protokoll	23.1.1920	5
12	Josef Frey	[Materialien zur 3. Reichskonferenz der Arbeiterräte]	30.5.-2.6.1920	10
13	Arbeiter-Zeitung	[Berichterstattung zur 3. Reichskonferenz der Arbeiterräte; u.a. Reden von Josef Frey]	1.-3.6.1920	6
14	Die Rote Fahne (KPÖ)	[Berichterstattung zur 3. Reichskonferenz der Arbeiterräte; u.a. Reden von Josef Frey]	1.6.1920	3
15	Carl Colbert	Brief an Josef Abrham	17.9.1920	2
	Nachtrag			
16	Der Rote Gewerkschafter	Zur Geschichte der sozialdemokratischen Linken [Der Rote Gewerkschafter, Nr.1, 1926, S.5-6]	1926	2
				49

Für die Zusammenstellung der Materialsammlungen wurde zu größten Teilen das persönliche Archiv von Josef Frey herangezogen. Wir danken dem Frey-Archiv für die Zusammenarbeit und die Möglichkeit, die nachfolgenden Dokumente auf unsere Webseite stellen zu können.

Bei dieser Materialsammlung wurden aus dem „Frey-Archiv“ folgende Mappen verwendet:

Mappe 5: Dokumente 1,7 und 12

Mappe 6: Dokumente 3,4,5,6,8,9 und 10

Mappe 7: Dokument 11

Mappe 10: Dokument 15

Die anderen Dokumente (2, 13,14 und 16) sind Faksimile von publizierten Zeitungen / Zeitschriften

Manfred Scharinger, 10.7.2026

Auftrag Frey zum 3. Punkt der Tagesordnung:

1

Die Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs lehnt den Auftrag der kommunistischen Partei auf Ausrufung der Räterepublik Österreich ab, weil sie den gegenwärtigen Zeitgeist für diesen entscheidenden Entschluss für vollkommen ungenügend erachtet. Deutschösterreich im gegenwärtigen Zeitgeist zur Räterepublik zu erklären, das hiesse das deutschösterreichische Proletariat in die sichere Niederlage führen und die Proletarier Deutschösterreichs mit voller Bestimmtheit pflichtig zu sein auf nachfolgendes Plakat zu erklären: als für es steht unter der Verantwortung der Weltbewohner zu tragen und als für es steht auf der Verantwortung der Arbeiter zu tragen.



Das Postulat wird durch das Verbot nicht erfüllt, wenn es nicht ganz durch gegeben ist. Es
muss sein, dass die Kausalität der Ereignisse durch die Wirkung, und
nicht zu sehen ist.

Es ist in einem unvollständig zureichenden Zeitpunkt, wenn man die
zustände mit unvollständigen Informationen beschreibt. Es ist nicht möglich,
es ist als unvollständig, dass das Postulat in der Welt gemacht ist,
im Nach 2. Wirkstoffordnung auf zureichenden Informationen
zu bestehen.

Es ist möglich, die Wirkstoffe zu ~~erklären~~ ^{erklären}, dass die
gesamte Welt Postulat ist, das ist die gesamte Welt. Wenn man die
Wirkstoffe in der Welt und die Wirkstoffe mit anderen für ~~erklären~~ ^{erklären}
~~erklären~~, dass sie mit ihnen haben spielen, wenn sie die ~~erklären~~ ^{erklären}
~~erklären~~ Wirkstoffe haben. Wirkstoffe der Welt. Es ist nicht möglich,
die Wirkstoffe mit anderen Messen nicht mit anderen Wirkstoffen
erklären, wenn sie es genau erklären. Es ist nicht möglich,
wenn sie die Wirkstoffe zu erklären. Es ist nicht möglich,
Nicht es erklären. Es ist nicht möglich, es zu erklären.

Es ist nicht möglich, die Wirkstoffe zu erklären. Es ist nicht möglich,
Wirkstoffe der Welt und die Wirkstoffe zu erklären. Es ist nicht möglich,
erklären.

Resolution (Frey)

Welche tatsächliche Voraussetzungen müssen unbedingt gegeben sein, damit wir mit Aussicht auf Erfolg eine Räterepublik in Deutschösterreich ausrufen können? Wenn wir Deutschösterreich mit seinen sechs Millionen Einwohnern, mit seiner Klassengliederung, mit seiner Verteilung der Bevölkerung ansehen, so müßten wir zu folgendem Schluß kommen: das Maximum an militärischer Kraft, das wir aus dem proletarischen Deutschösterreich unter den gegebenen Bedingungen schöpfen könnten, wäre zu schwach, um gleichzeitig einen Krieg nach außen und einen Bürgerkrieg zu führen. Daraus ergibt sich weiter die Folgerung: wir können an eine Ausrufung der Räterepublik nur dann schreiten, wenn die Gefahr eines äußeren Krieges absolut ausgeschlossen ist (Zustimmung), denn wenn wir keinen äußeren Krieg zu führen haben, dann brauchen wir auch keinen Bürgerkrieg zu fürchten, denn die militärische Kraft, die dem deutschösterreichischen Proletariat heute zur Verfügung steht, wird von allem Anfang an so stark sein, daß sie die Gegenrevolution auch schon im Aufstadium niederhalten kann. Aber selbst wenn diese Voraussetzung gegeben wäre, daß wir keinen Krieg zu fürchten haben, auch dann noch wäre der Entschluß, die Räterepublik auszurufen, sehr schwer zu fassen. Wir würden natürlich sofort eine Rote Armee in einer entsprechenden Stärke mobilisieren. Diese könnten wir im Lande dislokieren und zur Aufrechterhaltung der proletarischen Ordnung benützen. Das brächte gewisse Vorteile mit sich. Wir hätten mit einem Schläge die „Rote Wien“-Geschichte erledigt. Auch in der Arbeitslosen- und in der Wohnungsfrage könnte so eine gewisse Erleichterung geschaffen werden. Der entscheidende Vorteil aber liegt auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung. Wenn die Lebensmittel nicht in die Stadt zu den Menschen kommen, müssen die Menschen hinaus zu den

Lebensmitteln kommen. Wir würden in jedes Dorf ein Bataillon von diesen Roten Truppen schicken, welche aber nur den Zweck hätten, in den Dörfern die proletarische Herrschaft dem Landproletariat zu übertragen und Räte aus den Landarbeitern und Kleinbauern zu bilden, die sich auf die Rote Dajonette stützen könnten. Wenn wir diese Lebensmittelversorgung in die Hand nehmen würden, würden wir bessere Resultate als heute erzielen. Unsere landwirtschaftlichen Produkte könnten uns dann, wenn wir auf uns selbst angewiesen sind, bei gleichmäßiger Verteilung mindestens sechs bis sieben Monate erhalten. Den Rest würden wir uns dann aus den Nachbarländern verschaffen. So könnte auch in der Kohlenfrage eine gewisse Erleichterung herbeigeführt werden. Das hat natürlich alles zur Voraussetzung, daß die internationale Lage so ist, daß wir keinen äußeren Krieg zu führen haben. Die Kommunisten meinen, daß wir durch Voranklären die Revolution am besten im Westen und in unseren Nachbarstaaten hervorrufen sollten. Doch

Deutschösterreich ist das letzte Rad am Wagen.

Abgesehen davon lehrt gerade das Beispiel in Ungarn und in München, daß die Ausrufung der Räterepublik die Revolution in Böhmen nicht nur nicht hervorgerufen, sondern im Gegenteil den Chauvinismus vorübergehend gestärkt hat. Wir dürfen nicht so naiv über die Revolution denken, um zu glauben, daß die französischen oder italienischen Arbeiter aus irgend welcher Liebe zu uns oder aus internationaler Gesinnung Revolution machen werden. Sie werden Revolution machen, wenn ihre ureigensten Lebensbedingungen sie dazu zwingen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist allerdings die Kunst der Führer, wofür wir ihnen auch Dank wissen, daß sie dieser Bewegung die internationale Richtung geben. Aus der wirtschaftlichen Unzufriedenheit allein wird dort eine Revolution nicht entstehen. Meiner Meinung nach wird sich eine Revolution daran entzünden, daß die Entente, um die wirtschaftlichen Bedingungen mit vollem Nachdruck durchsetzen zu können, die Massen nicht vollständig demobilisieren kann, die nun vier Jahre lang im Kriege stehen und auch noch nach Unterzeichnung des Friedensvertrages noch immer in Massen bleiben sollen. Wenn wir heute die Rätebikatur aufrichten, hätten wir zwar nicht unmittelbare Kriegsgefahr zu befürchten, wir müßten aber mit der Kriegsgefahr rechnen, entsprechend viel Truppen an die Grenze stellen, entsprechende Reserven zurückhalten und hätten dann zu wenig Truppen, um die Gegenrevolution im eigenen Lande niederhalten zu können. Das ergibt für mich den Schluß, daß wir schon allein von dieser militärischen Erwägung aus zu einem Entschluß, die Räterepublik auszurufen, gegenwärtig nicht kommen können.

Ich möchte nun noch einiges

über den Begriff Räte.

Worüber so viel gesprochen wird, sagen. Roste wird hauptsächlich vorgeworfen, daß er ein Bluthund sei, daß er daran schuld sei, daß Proletariatsblut vergossen wurde. Das ist wahr und ein berechtigter schwerer Vorwurf. Nur meine ich, das selbe ließe sich auch gegen Tabor Sgarmuly sagen, obwohl ich ihm daraus keinen Vorwurf machen will. Denn ich begreife, daß man, wenn man sich einmal zur Diktatur entschlossen hat, zu solchen Schritten gezwungen sein kann. Das ist aber nicht das Entscheidende an Roste. Roste ist vor allem ein Dummkopf, weil er die militärische Gewalt aus den Händen des Proletariats in die Hände der alten Generale und der Bourgeoisie hatte gleiten lassen. (Lebhafte Zustimmung), und er ist ein Dummkopf, weil er sich als Feigenblatt für diese Militärdiktatur hergibt. Denn wenn er abdanken würde, würde ganz klar werden, daß die Herren über das Militär in Deutschland die Räte, Bettow-Worbed, Schöner und Maerker sind. Wenn Sie Roste so auffassen, werden Sie darauf kommen, daß wir in Österreich keinen Roste haben. Die Diktatur, wenn man sie macht, muß so schnell und unvorbereitet die gegnerischen Massen mit entscheidenden Schritten überraschen, daß es nicht möglich ist, vor aller Öffentlichkeit, wie die Kommunisten es wollen, zu beraten, was am Tage der Diktatur zu geschehen hat. Ich rate den Kommunisten, statt Putz zu machen, die Zeit zu benützen, um über das Problem ernstlich nachzudenken. Die unglaubliche Naivität, wie sich die Kommunisten in ihrer Wiener Erscheinungsform zu der Frage stellen, wann die Rätebikatur erklärt werden soll, und daß sie von uns verlangen, wir sollen ihnen Aufklärung geben, wie man die Rätebikatur führt, ergibt für die Linke in unserer Partei die Lehre, daß es sehr falsch wäre, eine Taktik einzuschlagen, die den Kommunisten, solange sie mit diesem Inneren in ihrer eigenen Sache arbeiten, wirkliche Unterstützung bieten kann. Es wäre Pflicht der sogenannten Linken, mit der unbedingten Geschlossenheit an der Sozialdemokratie festzuhalten, und zwar vom Standpunkt der künftigen Demokratie, damit die Sozialdemokraten als der erste Faktor im Proletariat das Wagnis, und wann wir einmal in der Rätebikatur sind, die Art, wie die Rätebikatur fortgeführt werden soll, bestimmen kann. Keine Experimente, sondern mit vollständiger Energie arbeiten, damit etwas wirklich Gespriechliches daraus entstehe! (Lebhafte Beifall.)

R e s o l u t i o n

Die am 18.7.1919 in der Schule Salzergasse tagende Fraktion der kommunistischen Soldatenräte der Volkswehr Wiens beschliesst einer eventuellen Konsignierung der Volkswehr am 21. Juli sich nicht zu fügen und beauftragt den Fraktionsausschuss diesen Beschluss den Vollzugsausschuss zur Kenntnis zu bringen.

Für die Fraktion:

Hvenigmann.

Werter Gewisse!

Bevor Du diesen Brief wegen seines privaten Inhalts vielleicht ungelesen in den Papierkorb wirfst, denke daran, dass er die Bitte eines Gegners enthält! Allerdings eines Gegners, den die sonderbaren Zeitverhältnisse in diesen lächerlich ungleichen "Kampff" mit Dir drängten.

Es würde mir heute der Beschluss der Vollversammlung über die Resolution mitgeteilt, welche von meinen Briefen handelt.

Trotzdem dieser Beschluss vollzogen

geeignet ist, meinen wirtschaftlichen
Lebensnerv abzureißen, bin ich weit
davon entfernt, die Gesamtlage
darüber zu vergessen, und ich an-
erkenne trotzdem Eure zeitgemäße,
und äußerlich sogar objektiv
richtige Taktik, mit der Ihr gegen
mich vorgeht. Ich sollte eigentlich
stolz sein, mich zu den sogenann-
ten unschuldigen Opfern der Idee
zahlen zu dürfen. Da es mir aber
an derart zweifelhaftem Stolz man-
gelt, so richte ich an Dich folgende
Bitte: Wie Du vielleicht weißt, bin
ich Komponist und Schriftsteller,
mit dem Vorzug, derzeit auf
diesem Gebiete noch ebenso ein-
bedeutend und erwerbsfähig

zu sein, - wie in der Politik.
Dein Urteil über den Wert solcher
Menschen kenne ich nicht, und sollt
es abfällig sein, so gehöre ich eben
zu jenen, Unglücklichen, die den
Mut haben, geduldig abzuwarten,
ob ihre Kunst oder ihr Hunger
siegen wird. Dabei außerdem
nicht zu der nationalen Hürak-
Lorte der „Tagespaeten“ gehöre,
wird mir wohl Du nicht für
übel nehmen. Ich kann nichts
dafür, dass der Schwere meines
Temperaments das Volk näher
steht, als meine Zukunft und
gesellschaftlicher Führer sein!

Du kennst meine ebenso
ehrliche, wie verunglückte Tätigkeit

seit den ersten Revolutionstagen in
H. O., wo ich unter den Ersten
im Kreis "B" die Volkswehr auf-
stellen half.

Warum mich meine etwas
finstere Kunst bei dem Baron 41
lieb, wirst Du, wenn schon nicht
billigen, so zum mindestens
verstehen können.

Warum ich aber ^{auch} bei diesem
Baron zu den mir vorgeworfenen,
sogenannten Unüberleglichkeiten
griff, will ich Dir kurz sagen.

Ich fand beim Baron 41, mit
Ausnahme der Soldatenräte und
des Genossen Halischer, statt meines
gesuchten revolutionären Zieles, —
ein Honzortium von Spindlern,

das mit Männern und Weib-
schänken spielte, die es nicht
einmal verstand.

Vielleicht wirst Du mich ein
wenig anders von meinen Hand-
lungen denken, die ich, in ihre
Hintergründe, zwar absolut nicht zu
verteidigen versuche, aber wenn
Menschen, die der Kunst näher
stehen, als der Welt, von Kindern
„geführt“ werden, dann ~~werden~~
wehren sie sich auf die kindi-
scheste Weise, um eine Toleranz vor
dem Mißbrauch unfähiger, jü-
gendlicher Verbrecher zu retten!

Wenn ich Dich nun um etwas
bitten darf, so ersuche ich Dich,
diesen Brief von Samstag zu

schützen; und was meine Honse-
quenz aus Eurem Beschlusse be-
trifft, so bitte ich Dich, an diesen
Beschluss nach Jahren wiederzu-
denken, wenn irgendeine Bühne
meine Worte vor das Urtheil der
Öffentlichkeit stellen wird, —
falls ich bis dahin nicht an
finanziellen Schwierigkeiten inner-
lich zugrunde geh.

~~1842.~~ Für Schilderung meiner finan-
ziellen Lage wird es Dir vielleicht
genügen, wenn ich Dir sage,
dass ich meine gesammte ge-
sellschaftliche Stellung in der Kunst-
welt auf eine Karte gesetzt habe
mit dem offenen Bekentnis
meiner politischen Ansicht!

Also: Von der Gesellschaft, verstoßen
von Euch, vertrieben? —

So blüht mir eine prächtige
Zukunft, — allein mit meiner
Thunst, — wie ich es mir im-
mer wünschte.

Zürne nicht

Deinem Genossen
Wolfgang

meiner Hochwohlgeboren

Herrn Dr. Frey

Wien

Kaiserlicher Hofrath

Volkswirthschafts-Beamter 40.

Volliatun! Ausruhen!

Von den Kämpfsplätzen des Luthers, Gelizians, Johann,
Kämpfers, von den Kämpfsplätzen Tynech, Frankreich, Schied
müssen wir nun zum letzten Ruhen. Da ist auf a. d. d. der
Kämpfsplätzen! Schied steht! auf die ersten! Schied
und ist zum letzten Ruhen!

Das fröhliche Ausruhen, das ist zum letzten
lassen, nicht zu frühem, wir wollen es ~~halten~~ ^{halten}
Wir wollen fröhlich ablegen das auf, ~~das~~ ^{das} das
Ruhen, für das, wenn ist das das das das
zur fröhlichkeit. Und zum letzten zu gehen.

Wir wollen nun mit uns selbst
das fröhliche ruhen, was wir in den Jahren des
Krieges erlebt und erlebt.

Was ist der Weltkrieg, das Weltunverstande 3
unverstande?

Was ist uns in der Weltstadt gebraten, was ist die Frau
~~mit~~, ~~die~~ die Männer, den Kindern die Väter,
den Eltern die Töchter, den Gassen die Brüder geweiht,
— geweiht?

Was ist die Inseln ~~von~~ ~~Land~~ unterstellt?

Was ist verpöblich, daß gründet sich auf die
Länder in Gassen und Pfaffen, müßten und was
Pfaffen?

Was ist im Krieg geordnet und sich bezieht,
denn das Volk geordnet ist und geordnet ist und was
geordnet was sind in der Tugend und in Tugend, denn
Länder ~~mit~~ Tugend des Krieges des Volkes geordnet?

Was ist uns in der Weltstadt gebraten, was
hängt die Tugend an unserer Not geordnet
Not, was sind das (die größten Tugend) an
unserem Volk, an unserer Tugend?

Ja, unser Glück, das haben wir unser Glück
an unserer Tugend, die Tugend.

Und so geloben wir keinen Knechten an Kaiser &
Leben Knechten, so geloben wir vor den Müttern, Vätern,
Freunden, so geloben wir vor den ganzen ererbenden
Volk Deutschlands:

Wir bilden keinen Lehnherrn, nicht bilden keinen
Herrn, nicht bilden keinen Kaiser, keinen König,
~~nicht bilden keinen Präsidenten, keinen Fürstentum,~~
nicht bilden keinen anderen Herrscher als die Republik.
Jeden menschlichen Auftrag, jeden Auftrag der
Menschen in irgendeiner Form anzunehmen,
werden wir nicht ~~annehmen, sondern~~ ~~übernehmen, sondern~~
nehmen wir nicht, frei wollen wir bleiben, nicht
vor Kaiser, keinem Herrn, keinem König, keinem
Herrn!

Knechten! Die Waffen weg!
Es lebe die Freiheit!
Für die Republik!

Wien, am 26. August 1919.

Lieber Genosse F r e y !

Seeben ist eine Deputation des Baons 41 weggegangen, mit welcher der Vollzungsausschuß über die Auflösung des Baons verhandelt hat. Du wirst natürlich sehr überrascht sein, dass die Sache so rasch gegangen ist und ich werde Dir das Nötigste mitteilen.

Gleich nach Deinem Urlaubsantritt hat ein Genosse Pleier aus obigen Baon Unterschriften gesammelt für ein Memorandum, in dem gesagt wurde, dass ^{treu} ~~sie sich~~ zur Regierung sowie zur sozialdemokratischen Partei bekennen und eine Auflösung des Baons 41 resp. ein neues Baon unter Kommando des Hptm. Altenburger forderten. Dies Genosse Pleier wurde aus dem Baon aus diesem Grunde ausgeschlossen so dass sich die Berufungskommission mit seinem Ausschluss beschäftigen musste. Diese Untersuchung zeigte uns, dass die Solidarität im Baon stark erschüttert ist, so dass wir, da auch andere sehr triffende Argumente dazukamen, zur Auflösung des Baons schreiten konnten. In einer heute stattgefundenen Baonversammlung des Baons 41 in der Genosse Deutsch, Hofmann, Kullmann und ich referierten und ihnen ganz trocken die Auflösung mitteilten, wurden unsere Ausführungen stillschweigend zur Kenntnis genommen, und ein disbezügliches von Gruber gestellter Antrag, die Auflösung ruhig hinzunehmen, mit grosser Majorität angenommen. Die Deputation, die hier war, war das Resultat der Versammlung und bestand aus freigewählten Volkwehrmännern der Kompagnien, welche die Bitte an uns richteten die Auflösung womöglich rückgängig zu machen und wenn das nicht ginge, wenigstens dahin zu wirken, dass die Baone an die die 41 er aufgeteilt werden, nicht aus ihrer ehemaligen Angehörigkeit zur K.P. einen Entlassungsgrund sehen. Das wurde ihnen selbstverständlich zugesagt, und mit Abgang dieses Briefes ergeht auch gleichzeitig eine Zuschrift an das Volkwehrkommando, welches die Auflösung resp. Aufteilung des obigen Baons fordert. Mit Dekadenschluss

hat das Baon als solches zu existieren aufgehört.

Mit Parteigruss

A handwritten signature in black ink, consisting of several stylized, overlapping loops and curves. A long, thin line extends from the top of the signature, curving upwards and to the left, ending near the word 'aufgehört' in the line above.

Personaladjutant
des
deutschösterreichischen Staatssekretärs
für Heereswesen.

An

Herrn Hauptmann Dr. F r e y

in

W i e n V.,
Schönbrunnerstrasse Nr. 336

Werter Genosse !

Vorigen Sonntag wurde ich von einem fremden Mann im Kaffeehaus angesprochen und stellte sich dieser als Dein ehemaliger Chauffeur vor und gab an Du hättest ihm versprochen die Autoreparaturkosten für einen von Dir benützten Wagen, für die er jetzt haftbar gemacht würde, zu tragen. Er teilte mir mit er wolle, nachdem ich ihm gesagt habe, daß ich im Kaffeehaus die Sache nicht erledigen könne, beim Staatssekretär versprechen. Ich stellte ihm aus. Amheute. Nun erschien heute nicht er selbst, sondern ein Vertreter der Firma Schornstein in der Adjutantur.

Ich will jetzt nur wissen - ich habe mittlerweile auch mit Winterer über die Sache gesprochen - ob die Feststellung, daß der Wagen durch eine Schwarzfahrt des ehemaligen Chauffeurs und dabei erfolgter Carambolage beschädigt wurde, Deiner Ansicht nach unbedingt aufrecht bleibt. Ich wäre Dir sehr dankbar, wenn Du mir diesbezüglich baldigst eine Antwort zukommen liebest.

Mit Parteigruß Dein

Wien, am 11. Dezember 1919.

Hans Hellmer

3 Beilagen gegen gefälligen Rückschluß.

Männer und Frauen der Arbeit!

Aufruf!

Jetzt! Auf bereit zu einer gewaltigen Massenbewegung!
Wir, die Proleten, die unter der Not zusammenzubringen, wir müssen aufstehen,
und mit der Forderung zusammenzubringen, wir müssen fordern, und mit aufgestellter
Fist auf unsere Not.

^{Am 10. Januar} heute 10. Januar haben alle Bezirksverbände zu außerordentlichen Tagungen
zusammen, um die Massenkündigung auf der auf stehenden Direktiven
der Kreisverbände vorzubereiten.

Auf den darauf folgenden Tagen werden die Delegierten der Bezirksverbände
in jedem Bezirk, der sie gesandt hat, die Arbeiter versammeln, um
sich die Notwendigkeit und die Ziele der Massenkündigung sowie die weiteren Direktiven
eindeutigen zu machen.

Auf den Tagen der Eröffnung der Nationalversammlung werden wir die arbeitenden
Männer und Frauen hinausgeschloffen vor dem Parlament aufstehen und
werden fordern:

< Brot und Arbeit! >

< Hinaus die Vorkriegsbesitzer zum Kauf von Lebensmitteln, Waffen!
Raffkappen! Weg mit den Kriegsgeldern! >

< Hinaus die betrübten Kriegsgeldern! >

< Hinaus die Reform der Steuerpolitik! >

Arbeit und Hunger! Proleten! Arbeit für die Kinder =
Leben der Mutter Proleten und organisiert in Massen!

Der Wiener Kreisarbeiter.

L I E B E R G E N O S S E F R E Y !

Anlässlich des Jahreswechsels übersendet Dir Dein Bataillon
die herzlichsten Glückwünsche.

Wir alle vom V.W.bataillon XL „ Frey “ versichern Dir bei dieser
Gelegenheit unser vollstes Vertrauen und unsere höchste Wert-
schätzung Deiner Person.

Wien, den 31. Dezember 1919.

Für den Bataillon S.R.:

Howell

Otto Reichert

§ 43, 44/3 folgt lauten:

Die Disziplinargewalt wird ausgeübt von Disziplinar-Kommissionen nach einem für alle Landesangehörigen gleichen und einheitlichen Disziplinarverfahren. Gewählte Disziplinar-Kommissionen für irgendwelche Kategorien von Landesangehörigen sind ebenso wie andere gewählte Körper innerhalb der einzelnen Disziplinar-Kommissionen.

Die Disziplinar-Kommissionen werden bei allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlen auf Grundlage der Proporz von allen Landesangehörigen gewählt, die im Wirkungskreis der betreffenden Disziplinar-Kommission präsumiert sind.

Darüber hinausgehend zu den Disziplinar-Kommissionen haben alle Landesangehörigen in gleichen Masse. In einer bestimmten Disziplinar-Kommission können jedoch nur solche Landesangehörige gewählt werden, die im Wirkungskreis dieser Disziplinar-Kommission präsumiert sind.

die Funktionsdauer der Disziplinarkommission beträgt
ein Jahr, sie wird neuerlich jedes Jahr neu zu wählen.
Während der Funktionsdauer dürfen die Mitglieder
der Disziplinarkommission nicht freigesetzt
werden.

Alle im Wirkungsberreich einer Disziplinarkommission
vertheilten subordinirten Jenseitsangehörigen unter-
stellt diese Disziplinarkommission.

Disziplinarkommissionen bestehen in erster Instanz
aus drei jedes Brigadekommandos. Die selben sind
zusammengesetzt aus sechs gewählten Mitgliedern und einem
von den Kommandanten für einen bestimmten
Offizier, der zugleich Vorsitzende ist. Von den sechs
gewählten Mitgliedern müssen ein Mitglied Offizier,
zwei Mitglieder Unteroffiziere, drei Mitglieder Mann-
schaftsgraden sein.

Von den Brigaden Disziplinarkommissionen geht
die Berufung oben an die Kreis Disziplinarkommission.
Die selben sind beim Kommando für einen bestimmten
Offizier. Die Kreis Disziplinarkommission besteht aus sechs
gewählten Mitgliedern und einem von den Kommandanten
für einen bestimmten Offizier, der zugleich Vor-
sitzende ist. Von den sechs gewählten Mitgliedern müssen

23/1. 1920

Frei gibt folgende Erklärung ab: (1)

Mit Resolution vom 7. Oktober 1919 betreffend die Forderung für die Volkserwerbslosen, die bis für den Herbst in die neue Massenerwerbsliste einbezogen, hat der Kallgraben-Ausschuss sich darauf festgelegt, dass die Abfertigung betragen soll für die ersten zwei Monate des Kündigungsgelds, für jeden folgenden Monat fünfundzwanzig Prozent.

Mit einer späteren Resolution vom 7. Oktober 1919 hat der Kallgraben-Ausschuss sich darauf festgelegt, dass die in der neuen Massenerwerbsliste verbleibenden Volkserwerbslosen der Aufforderung auf die Abfertigung nicht mehr zu sein darf.

Mit Resolution vom 17. September 1919 hat der Kallgraben-Ausschuss sich darauf festgelegt, dass (in die neue Massenerwerbsliste überzunehmenden Volkserwerbslosen) fünfzig Prozent ihrer Abfertigung zu zahlen sind aus einem Kallgraben-Ausschuss, die verbleibenden fünfzig Prozent einem höheren Ausschuss aus der neuen Massenerwerbsliste.

~~Es ist fest der Kallgraben-Ausschuss mit Resolution vom 17. September 1919 sich darauf festgelegt, dass der Volkserwerbsausschuss mit dem Volkserwerbsausschuss in dieser Abfertigung einbezogen ist, wie der Volkserwerbsausschuss.~~

Frei gilt folgende Fassung zu Protokoll: 8. 13./1. 1920 (2)

Mit Resolution vom 7. Oktober 1919 hat der Hall-
zinsbesitzer sich darauf festgelegt, daß die Abfertigung
kosten soll für die ersten zwei Monate des Rindzins-
geld mit für jeden weiteren Monat freischüssig
bleiben.

Der Hallzins, der immer noch aus Monaten
abgibt, ist von besonderer Bedeutung, weil er
in Entschädigung jedes Vermögensverlustes besteht.

Es ist die Hallzinsabfertigung vom 21. Jänner 1920
gekauft worden,

..... " ist ungültig, weil der Hallzins
nicht bezahlt. Der Hallzinsabfertiger ist der Besitzer
der Kassenanweisung und dieser verantwortlich
für alle Verluste.

Wien, Samstag, den 23./Jänner 1920.

[illegible]

Ich bin sehr reich in der Lage mich zu bequemen. Meine Lage wird gewiß der Beste =
kann sein, wenn, die Selbsteinschätzung der
Selbstbeurteilung der Willensurteile zu kommen zu
lassen:

- a) Waprechtentum betreffend die Abfertigung der in die neue
Kategorie nicht übertrunden Kolb-
verpflichtungen;
- b) Waprechtentum betreffend die Abfertigung der in die
neue Kategorie übertrunden
Kolbverpflichtungen;
- c) Waprechtentum betreffend die Abfertigung der Kolb-
verpflichtungen und Kolbverpflichtungen
offiziell;
- d) Waprechtentum betreffend die Abfertigung der
Kontingenz;

a) Schlafentzug überhaupt gehören in die meisten
Anweisung.

b) Schlafentzug betreffend den ersten offiziellen
ersten Aufwachtag.

Auf Grundrissen dieser Schlaf- ist eine Paten-
weise für jedes Kollisionsauslöschungsmitglied einen
Abdruck zu besorgen. Dadurch müssen die Koll-
isionsauslöschungsmitglieder durch 2 von 3 bis 3
Jahre die Schlafentzüge gewöhnlich zu vermeiden,
es denn ist es für ein Kollisionsauslöschungsmitglied
das sich seiner Verantwortung bewusst ist, möglich
in der Sache selbst Stellung zu nehmen und eine
entsprechende Stellung zu befüllen.

Es ist anzunehmen, dass der Kollisionsaus-
löschungsmitglied oder andere wichtige Fragen selbst über
Kopf auszuweisen können, weshalb es notwendig
ist, dass der Kollisionsauslöschungsmitglied dem Staatsanwalt
folgende Resolutionen schriftlich überreicht:

der Freyheit der Selbstthätigkeit, der Gebildetheit in
der neuen Wissenschaft, der neuen Aufpflanzung der
der Wissenschaft, der Bildung der neuen Wissenschaft,
Kultur der Wissenschaft, der Wissenschaft und der Wissenschaft
von so reichhaltiger Wissenschaft für jeden Einzel-
nen Wissenschaft, dass der Wissenschaftswissenschaft nicht in der
Lage ist in einer Wissenschaft von Wissenschaften und
Wissenschaften zu Wissenschaft und zu einer kleinen Wissenschaft
wissenschaft zu gelangen.

Der Kollisionsentscheidungsprozess selbst ist, selbstverständlich, ein Prozess, der nicht einfach zu bewältigen ist, da der Kollisionsentscheidungsprozess mindestens eine gewisse Zeit vor der endgültigen Entscheidung zur Klärung der Sachlage zu kommen zu lassen. Insbesondere in der Frage der Jurisdiktion ^{und} der Kollisionsentscheidung ist es eine Tatsache mit dem Ausdruck des Willens.

Wir sind gekommen, um zu fragen, wie oft die mit-
 theilung und geteilte Lage und solche Aufgaben annehmen
 voraus, insbesondere für uns als Arbeitskräfte. Grundsatz
 aller ist die Verantwortung der Aufgabe der Arbeitskräfte
 sein, die verschiedenen Meinungen in der Arbeitskraft
 mündig zu sein. Grundsatz, auf dieser ist eine Aufgabe
 der Arbeitskräfte; aber die Arbeitskräfte haben sie gegen-
 wärtig nicht nur zur Bewusstseinsbildung, sondern vor-
 allem damit sie die Politik aktiv beeinflussen.
 Wir sind die Gruppen von uns, die fragen, man solle
 mit dem Arbeitskraft Bewusstsein anfangen, und lieber
 als diejenigen, die vor dem Arbeitskraft Bewusstsein
 stehen, in Wirklichkeit aber nicht aktiv
 Politik machen. Das heißt der Großteil der Gruppen
 von uns aber nicht die Meinungen. Die meisten
 Tätigkeit der Meinungen und die meisten fließen
 nicht den Arbeitskraft zugewandt.

Wir haben ihnen einen Antrag vorgelegt, aus
 dem ist die zwei entscheidenden Punkte hervorgegangen,
 um sie zu überzeugen.

Jede sozialistische Politik muß ausgehen 2
von den tatsächlichen Lebensverhältnissen der arbeitenden
Masse, die aber in Massen hungern. Die bürgerliche
Korruption in kleiner Korruption, eine bürgerliche
stehende Kastei, Hofmann, Meisgen, das ist die
Korruption der arbeitenden Massen und Frauen und
ihre Kinder. Und so geht es hier fort weiter, wie bei
Amerikaner, seit langem, langem Japan. Die Lebens-
weise der Proletariat ist ausgeartet bis auf die Knochen.
Wir müssen unsere Auswüchse auch äußerlich
verändern, die Lebensverhältnisse zu verändern,
dass wir unsere gesammelte Kraft in die Masse
setzen für Arbeit, Hunger, Kummer,
in der Lage bald und endlich die Freiheit zu
bekommen, das erreichen die Massen am Ende.

Unser Selbstverstand sagt demselben. Es mag sein
an Kraft, Stoffen, Lebensmitteln. Ja, es ist
wahr, wir müssen unsere Produktion haben, haben,
wenn wir Dasein mehr einfügen sollen.
Aber etwas mehr ist: der entscheidende Punkt, an
dem die Welt angefaßt werden muß, wenn wir
etwas können sollen, das ist die lebendige
Kraft selbst, die menschliche Arbeitskraft, die

unser Heftung zugeführt werden muß, wenn man³
von ihr größere Leistungen haben will. Die
Grundvoraussetzung für den Aufbau der Wirtschaft
ist der Aufbau der menschlichen Arbeitskraft.

Die bessere Versorgung der Arbeiter, bezugsnehmend
auf den Arbeiter selbst und unabhängig zu kommen ist auch
die dringendste Aufgabe
des proletarischen Staates.

Nur wenn unsere proletarischen Leute aufgehen, darf
die Forderung über die Verteilung dieser Leute
berücksichtigt werden: die Agrarier haben gezeugt. Trotz
der besseren Leute werden wir um 600.000 Arbeiter
und weniger Arbeiter abzuliefern haben als im
Krieg. Diese Person muß frei für die bessere Ver-
sorgung der Bevölkerung.

Wenn wir die Lebenshaltung der Proletarier haben
wollen, sind wir also vor allem auf die Beseitigung
des Einkaufs angewiesen. Was aber soll der Staat dies
leisten? Das kann er nicht, wenn man ihn (nach
sein möglichem gesamten Vermögen von Gehaltsmitteln
zur Verfügung stellt.

Es folgt aus der Wirtschaftslage zur Ver-
meidung der Abgabe. Für unsere, wirtschaftliche Vermögen
abgeben der Reichen würde der Staat in Staat setzen

wird und ausgiebig Kaputtgemacht fortgeführt werden. Vielleicht
müßte so ein wenig, wie es mancher wünschten, aber die Probi-
erung sind heute auf diese mit einer Verbesserung
im neuen Fundament zusammenzuführen. Aufgeben
Menschen haben wir gemacht. Und wenn doch der
Wunderglaube abgeben Dagegen setzen: Kopfplattung
und Kopfplattung.

Die Selbstbestimmung, die christliche Religion und die
nationalen haben die entsprechenden Leistungen der
gesellschaftlichen Natur abgeleitet.

Wir wollen die Abgabe auf genügend setzen
erzählen, die wir fordern Leistung in der Selbstbestim-
mung, wie wir sie selbst selbst.

Wir wollen, daß die Kräfte der Gesellschaft selbst
möglichst unabhängig, die Natur selbständig können,
dann haben wir das Aufwachen der Natur,
erzählen, daß die Natur die Möglichkeit bietet
Menschen zu sein, die ein Mächtigkeitsgefühl zu niedrig
einfließen, zu diesem niedrigen Natur zu über-
nehmen.

Wir haben auch abgeleitet, daß die Entwicklung
Menschen die Abgabe in Form von Gesellschaften, die
Gesellschaft selbst in Form von Gesellschaften in Form

von Jagdschützen zu treffen, gewisse Liebhabereien auszu-
üben.

Man kann es abgesehen, daß die Willkür der Kirche
stark beschränkt worden sein das Vermeiden anderer.

In einer ganzen Reihe anderer Fragen sind
die ~~gesetzlichen~~ gesetzlichen Vorschriften der Goldfabrik-
werke entgegenzusetzen. Daraus sehen die
christlichen und christlichen Goldfabrik-
werke abgesehen. Man schließt mit aller
Sicherheit, daß die Kaufkraft der
gesetzlichen Vorschriften in der Folge der Ver-
meidung abgesehen abgesehen nicht zu lassen.

Die Bewertung der landwirtschaftlichen Güter-
stücke auf dem Festenmarkt von 1918 mit 1916 ab-
lassen wie nicht zu. Der Festenmarkt, der "Kaufkraft-
markt", der nur von der Höhe der "Kaufkraft-
markt" mit dem man die Kaufkraft der Festenmarkt-
feststellt. Man fordert: ^{bei der Bewertung von} Grundbesitz über 50 Hektar,
der sich Grundbesitz und Grundbesitz, ^{mit} ist der
Kaufkraft von 1. Juni 1920 zu Grunde zu legen;
bei Grundbesitz von 5 bis 50 ha der Kaufkraft
von 1. November 1918. Dafür sind die Grund- und
Kleinrenten zu zahlen. Bei Grundbesitz von bis

zu 5 ha soll der Festungsbesitz vom 1. Januar 1914 zugrunde
gelegt werden.

Die Abgabefähigkeit der Kulturländereien müssen gesichert
werden. Es geht nicht an, allen Grundbesitzern über 10 Hektar
mehr 65 Prozent zu erlauben. Wir fordern, daß
der Abgabefähigkeit gesichert wird, daß er bei allen
Grundbesitzern die für den Kulturland übersteigen, 95-
Prozent betragen.

Wir fordern

Wir haben in der Kommission zunächst eine große Resolution zusammengestellt, in der wir das zusammenfassen, was allen gemeinsam ist. Es ist also eine *R e s o l u t i o n* der *G e s a m t h e i t*. Die Resolution ist von großer Bedeutung und es wird sehr bedeutsam sein, wenn wir sie *e i n s t i m m i g a n n e h m e n*. Aber in gewissen Punkten haben wir ein Minderheitsvotum angekündigt und das muß ich Ihnen kurz begründen. Erstens in der Frage der *S e i m w e h r e n*. Wir sind der Ansicht, daß in dieser Frage energisch gesprochen und gehandelt werden muß. Während es in der Resolution ungefähr heißt, wenn die Entente es duldet, daß sich die Bauern und Bürger bewaffnen, dann wird sie sich nicht wundern dürfen, daß wir uns auch bewaffnen, sagen wir: Da die Bauern durchwegs bewaffnet sind und nunmehr die Bourgeoisie in Tirol, in Kärnten und in den anderen Alpenländern unter Führung christlichsozialer und deutschnationaler Landtagsmitglieder mit Gewehr, Pandengranaten, Geschützen bewaffnet wurden, schließlich mit Rücksicht darauf, daß die Reaktion zum Staatsstreich gerüstet ist, fordert der Reichsarbeiterrat, daß in allen Orten unverzüglich Heimwehren aus verlässlichen Republikanern organisiert werden.

Der zweite Punkt, zu dem wir Ihnen einen Minderheitsantrag unterbreiten, ist die *V e r m ö g e n s a b g a b e*. Wir sind der Ansicht, daß die Reichen rücksichtslos gepackt und die Kleinen geschont werden müssen. Daher lehnen wir diese Formulierung ab und stellen Ihnen den Minderheitsantrag in der Form, daß wir alle diese neuen Bedingungen, die wir in unserem Antrag gestellt haben, als Mindestbedingungen fordern. Das heißt, die Vermögensabgabe muß diesen Mindestbedingungen entsprechen und wenn sie ihnen nicht entspricht, so müssen unsere Genossen demüßigen. Genossen, vor Ihnen liegen wichtige Entscheidungen. Wir brauchen der Zukunft gar nicht so bange entgegenzusehen. Sorgen Sie dafür, daß wir Klarheit haben, und sorgen Sie dafür, daß wir Bereitschaft haben. In diesem Sinne müssen Sie beschließen und entscheiden! (Lebhafter stürmischer Beifall.)

[illegible]

gibt die Auffassung der Nationen verlangt: Dann sage ich
ich Span, das ist eine Politik, wenn Sie Sie sich möglich-
sten mit der der Gruppen Raum, das ist — bei allen
Gegensätzlichkeit zum Gruppen Raum — lieber die
Verantwortung tragen für die Politik Raum
als für die Politik Feindländer. (Zusammenfassung) Feind-
länder ist aber auch sehr gefährlich mit ja, ja nicht
nein, nein, ja nein, Sie sammeln zwischen ja nicht
keine unmittelbare unmittelbare Bündnis führen in der
Tasche der Grenzpfaffen.

Feindländer nur zum Schluss sehr offenkundig, so ist
gefragt, können diese Linke zur sozialistischen Partei gesockt,
ist sie nicht mehr? Gruppen Feindländer, wie überlassen
das Verständnis über auch sehr den Korbstein, die haben
Tavitsa zu auffinden, ob die Linke steht noch ist
oder nicht. Da sie aber so offenkundig waren, so will ich
Span sagen, wie es nicht auch im europäischen Verhältnis
zu Europa steht. Nach allem an Europa steht
ja, Europa mit Gruppen. (Zusammenfassung) Das ja,
nein

() einfach

wir bei allen Gegensätzlichkeiten, wenn wir noch so hart ein-
ander in die Haare fahren, wenn wir einander noch so
scharfe Worte und noch manches mehr sagen, niemals ver-
gessen, daß der Boden, auf dem wir stehen, durch eine unend-
liche Arbeit derselben alten Parteigenossen geschaffen wurde,
die wir ~~heute~~ heute bekämpfen (lebhafter Beifall), deren
Beistungen aber, ob es sich um die Partei, ob es sich um
die Gewerkschaften, ob es sich um die obersten
~~Führer~~ oder um die niedersten Vertrauens-
männer handle, wir nie vergessen werden bei
aller Gegensätzlichkeit. (Beifälliger Beifall.)

Uns leitet aber an die Partei auch der Verstand. Selbst
wenn wir der Ansicht wären, daß die Verhältnisse in unserer
Partei unerträglich wären, müßten wir Marren, Wahnsinnige
sein, in einer Zeit, wo sich ein Ungewitter zu-
sammenbraut, Hand an diese Partei zu legen. Und noch aus
einem zweiten Grunde sagt uns der Verstand, daß es ein
Wahnwitz wäre. Ja, glauben Sie denn, eine Partei ist nur
so aus dem Boden zu stampfen? Welche unendliche Arbeit
würde da dem Kampfe selbst entgegen!

Aber auch das Gewissen leitet uns an
unsere Partei. Es ist wahr, der innere Konflikt zehrt
an unserem Innern und zerreißt die Herzen. Es acht wahr-

scheinlich den Genossen der Rechten ebenso. Solange wir aber
die Möglichkeit haben, auf dem Boden unserer Partei für das,
was wir gemäß unserem Programme richtig halten, zu wirken,
so lange wir die Hoffnung haben, daß wir wirken können, und
zwar mit Erfolg — und diese Möglichkeit und Hoffnung haben
wir und der Verlauf dieser Tagung zeigt es Ihnen —, so
lange bleibt uns diese Partei heilig,
müssen Sie sagen, was Sie wollen. (Beifälliger Beifall.)

Wie der Klassenkampf sich entfaltet, so bewegt sich
sein dramatischer Entwicklungsprozess, die Revolution, in
seiner Mallenlinie. Man mag über die Dinge, die sich in
Ungarn und Bayern abspielen, wie immer denken, dass doch
der Versuch des Proletariats die volle Gewalt an sich zu reißen
und in seinen Händen zu halten, gescheitert ist, ist einer
person Hindernisse des geordneten Proletariats und nichts
ist mehr weniger als physisch, als die Volksgewalt sich jenseit,
die der Welt bezeugt verkündigen, dass sie nicht befehlen
sollen, und für den fraglichen Teil der Ungewissen und Unge-
wissen Revolutionen, die letzten fände den letzten Schritt über
die gegebenen Massengesetze hinwegsetzen ist, nichts übrig
sehen als Lohr.

Nachdem soll man vollends zu den Opferopfer-
Opferdramen setzen?! Der Minister ist schon ein in der
Regierung. Sind sie nicht schon ein Minister, sie werden eine
Intervention in Ungarn nicht zulassen. Und nun, da das
ungewisse Proletariat unter den Fittchen der Opferopfer-
Opferdramen zu liegen zu kommen beginnt, begreifen sich sie
mit seiner "Anfrage" bei der an dieser Regierung, in
der sie sitzen. Ja, die internationale Aktion der Bewegung
gegen das Proletariat ist politische Pflicht, aber die inter-
nationale Solidarität des Proletariats ist eine Person nur

10/20/2019 (10/20/2019)

25

1

Freih (Sozialdemokrat):

Unsere Tagesordnung verlangt von uns, daß wir uns klar werden über die wirtschaftliche Lage und über die Aufgaben, die aus dieser Lage erwachsen. Jede sozialistische Politik muß von den tatsächlichen Lebensverhältnissen der Massen ausgehen. Wir brauchen da nicht viele Details zu geben, es genügt ein kurzer Satz: Die Massen hungern. Die Lebenskraft der Proletariat ist ausgezehrt bis auf die Knochen. Die bessere Versorgung der Arbeiter, Angestellten, Beamten ist zweifellos das oberste Problem unserer Inlandspolitik. Wir müssen daher die Einfuhr steigern, wenn wir die Ernährung der arbeitenden Massen heben wollen. Dazu ist notwendig, daß dem Staate rasch gewaltige Mengen von Zahlungsmitteln zur Verfügung gestellt werden; aber die Vermögensabgabe! Was sehen wir demgegenüber? Die Vermögensabgabe, auf die wir achtzehn Monate gewartet haben, wird von den Vertretern des Geldsackes, von den Christlichsozialen und Deutschnationalen, verschleppt. Wir sind der Ansicht, daß es mit der Vermögensabgabe so nicht mehr weiter geht. Gewartet haben wir lange genug! Es gilt, einmal in dieser Sache ein klares Entweder—Oder zu sprechen. Entweder wird diese Vermögensabgabe in kürzester Zeit Gesetz, und zwar Gesetz unter gewissen Mindestbedingungen, wie wir sie Ihnen vorschlagen, oder es sollen die proletarischen Vertreter aus der Regierung austreten, damit das Volk sieht, wer die Verantwortung trägt. (Beifälliger Beifall.)

Wir sehen schon bei dieser Vermögensabgabe eine Koalition zwischen Christlichsozialen und Deutschnationalen. Allein diese Koalition zwischen Christlichsozialen und Deutschnationalen ist viel wirksamer noch tätig außerhalb des Parlaments. Genosse Gabriel aus Kärnten hat im Parlament die Bewaffnung der Bürger und Bauern Kärntens festgestellt. Aber viel interessanter ist die Organisierung der Koalition zwischen Christlichsozialen und Deutschnationalen in Tirol. Auch dort wurden unter dem harmlos klingenden Titel: Heimatswehren die Bauern und Bürger unter der Leitung des Christlichsozialen Dr. Steible und des Deutschfreiheitlichen Dr. Schmied, bewaffnet. Das sind Tatsachen. Wenn sich offen in Tirol Bauern, Studenten, liquidierende Offiziere bewaffnen, sehe ich nicht ein, warum die Arbeiter nicht auch Heimwehren gründen sollten. (Beifälliger Beifall.)

die politische und wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Arbeiterräte.

Dr. Frey

führte gestern, nachdem er die Rüstungen der Reaktionsäre geschildert, weiter aus: Ich habe lange zu denjenigen gehört, die den Wiener Arbeitern immer gesagt haben: wir brauchen keine Waffen, wenn wir welche brauchen werden, werden wir sie haben. Gegenüber diesen Vorbereitungen der Reaktion aber habe ich nicht mehr den Mut, vor der Arbeiterschaft diesen Standpunkt weiter zu vertreten. (Stürmischer Beifall.) Und

wenn sich offen in Tirol Bauern, Studenten, liquidierende Offiziere bewaffnen, so sehe ich nicht ein, warum die Arbeiter nicht auch Heimwehren gründen sollten (Beifall). Heimwehren aus verlässlichen republikanischen Elementen. Es ist nur sehr bedauern von uns, wenn wir uns den Vorbereitungen der Reaktionsäre gegenüber damit begnügen, diesen verlässlichen republikanischen Mitgliedern ein Gewehr mit hundert Patronen in die Hand zu geben. Es gibt in Wien Genossen, die glauben, daß in Wien nichts organisiert wird. Ihnen wird es bei ihrem Optimismus nicht anders ergehen, wie es dem Roske ergangen ist. Es ist die furchtbare Stärke der Reaktion, daß sie sich den Moment aussuchen kann, wenn sie uns überfällt. Auch ein großer Teil der Bürokratie sabotiert. Es ist auch notwendig, daß wir diese systematische parteiische Bürokratie, daß wir ihre Schuldigen suchen und ausmerzen. Die Bauern machen es ja ähnlich, wenn ihnen etwas nicht paßt.

Der Streit, ob die Koalition etwas geleistet hat oder nicht, ist ganz nebensächlich. Ich bin wenigstens der Ansicht, daß sie etwas geleistet hat, aber die politische Frage ist nicht, was sie geleistet hat, sondern was sie jetzt leistet. Eines wird uns immer zu ihrer Verteidigung gesagt, nämlich, daß sie uns vor dem Bürgerkrieg sichert. Ja sie sichert uns, aber wie? Die Christlichsozialen binden uns die Hände, aber in Tirol organisieren sie die bewaffnete Macht; so steht die Sache, sie stärken sich und wir werden geschwächt. Das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten hat sich in der letzten Zeit sehr zugespitzt. Angesehen hat es mit dem Eisenbahnersprei. Die Taktik der Kommunisten bei der Massendemonstration war darauf abgestellt, die Linke zu zerreißen, wenn auch hierbei der Arbeiterrat in Fäden gegangen wäre. Dann ist Einiges gekommen, da wollen wir auch nicht verhehlen, daß unsere Meinung die ist, daß es eine Punktaktik war. Wir wissen genau, daß Ihre Partei in der „Roten Fahne“ Artikel vom Stapel gelassen hat gegen den Putschismus; aber wenn ein paar führende Leute von der Putschtaktik absagen, ist noch lange nicht gesagt, daß das so in die Massen bringt, die ihr ein Jahr mit Putschaktik getränkt hat. Der Arbeiterrat ist von beiden Seiten, von rechts und von den Kommunisten, bedroht. Auf die Worte pfeifen wir, auf die wirklichen Tatsachen kommt es an. Die sozialdemokratische Partei hat bei dem Arbeiterrat den Nachteil, daß ein großer Teil der Arbeitskraft sozialdemokratischer Genossen im Arbeiterrat gebunden wird, die sich auf anderen Gebieten sehr nützlich machen könnten; sie hat den Vorteil, nicht als sozialdemokratische Partei, sondern durch die Tatsache, daß sie die Mehrheit ist, daß sie eine gewisse Bindung in Bezug auf die Taktik der Kommunisten herbeiführen kann. Die Kommunisten haben den Nachteil, daß sie nicht machen können, was sie wollen; sie haben aber den ungeheuren Vorteil, daß der Arbeiterrat im wesentlichen ein Boden der Propaganda für die kommunistische Idee ist. Wenn wir diese Vor- und Nachteile abschätzen, läßt sich nicht sofort bestimmen sagen, welche Partei mehr Vorteile hat, momentan sind es vielleicht die Kommunisten, die die größeren Vorteile haben; wenn sie aber einmal glauben werden, auf dieses Propagandamittel verzichten zu können, werden die Kommunisten dem Arbeiterrat ohnehin den Fußtritt geben. Andererseits sträubt sich die Rechte, bei dem Arbeiterrat weiter mitzumachen. Vom Standpunkt des gesamten Proletariats kommt es doch nicht darauf an, was der Arbeiterrat geleistet hat, sondern es kommt darauf an, ob wir jetzt oder in der nächsten Zeit den Arbeiterrat brauchen. Wer die Tatsachen durchschaut, wer sieht, was sich in Deutschland zusammenbraut, wer sieht, daß wir einer entscheidenden Zeit entgegengehen, wer seinen Blick auf die Verhältnisse zwischen Polen und Rußland, auf die Verhältnisse in der Tschechoslowakei und in Italien richtet, der muß sagen, wir brauchen den Arbeiterrat wie Salz, damit wir eine überlegene Kraft gegen die Reaktion haben. Wenn wir den Arbeiterrat preisgeben, geben wir das einzige Mittel gegen die Reaktion preis. Angesichts einer solchen Situation heißt es energisch handeln und ich bitte Sie, nicht nur da energische Reden zu führen, sondern energische Entschlüsse zu fassen, energische Entschlüsse in Bezug auf die Heimwehren, energische Entschlüsse in Bezug auf die Sabotage der Bürokratie, energische Entschlüsse in Bezug auf den Polizeiparapparat und energische Entschlüsse in Bezug auf die Vermögensabgabe, damit wir endlich einmal wissen, woran wir sind. (Beifall.)

Der Beschluß des Reichsarbeiterrates.

Der Reichsarbeitererrat hat über die politische und wirtschaftliche Lage den folgenden Beschluß gefaßt:

Der Reichsarbeitererrat entbietet dem russischen Proletariat, gegen das die internationale Reaktion abermals ihre Vasallen mobilisiert und bewaffnet, seinen brüderlichen Gruß.

In voller Erkenntnis der Tatsache, daß die Niederlage Sowjetrußlands den Sieg der Konterrevolution in ganz Europa zur Folge hätte, fordert der Reichsarbeitererrat die **Einstellung aller Lieferungen von Kriegsgerät an Polen und Ungarn**. Der Reichsarbeitererrat stellt fest, daß staatliche Waffenlieferungen an eine kriegsführende Macht eine Verletzung der Neutralität, ein Bruch des Völkerrechtes sei. Der Reichsarbeitererrat fordert die gesamte Arbeitererschaft auf, auch den Schleichhandel mit Waffen und Kriegsgerät nach Polen und Ungarn zu bekämpfen und zu verhindern.

Der Reichsarbeitererrat erkennt die Bemühungen des Reichsvollzugsausschusses um die Verhinderung der Waffentransporte nach Polen an und fordert den neuwählenden Reichsvollzugsausschuß auf, diese im Interesse der proletarischen Revolution gelegenen **Bemühungen mit ungeschwächter Energie fortzusetzen**.

In Erwägung, daß Deutschösterreich gemäß dem Friedensvertrag binnen drei Monaten nach der Ratifizierung des Vertrages **alles Kriegsgerät an die Entente abliefern** soll, beauftragt der Reichsarbeitererrat den Reichsvollzugsausschuß, jetzt schon alle proletarischen Parteien in Frankreich, Großbritannien, Italien und den Vereinigten Staaten auf die Gefahren aufmerksam zu machen, daß diese **Mächte das Kriegsgerät zum Kampfe gegen Sowjetrußland benutzen**.

Der Reichsarbeitererrat verlangt, daß die **normalen diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen** mit Rußland so schnell als möglich wiederhergestellt werden, daß die **Freimkehr unserer Kriegsgefangenen** aus Sowjetrußland durch direkte Verhandlungen mit der Sowjetregierung beschleunigt wird, und fordert die proletarischen Genossenschaften auf, ihre Bemühungen um die Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Rußland mit größter Energie fortzusetzen.

Der Reichsarbeitererrat **protestiert gegen das Vüten der ungarischen Konterrevolution**, die nicht nur das ungarische Proletariat entrechtet und mordet, sondern auch die Freiheit und den Frieden des arbeitenden Volkes Deutschösterreichs bedroht. Sobald die Internationale Gewerkschaftszentrale den Boykott über Osthungarn verhängt haben wird, ist er mit aller Kraft durchzuführen. Der Reichsarbeitererrat fordert die Befreiung **Deutschwestungarns** von den Osthungarnen und, unbeschadet des Selbstbestimmungsrechtes Deutsch-

westungarns, schon vor der vorzunehmenden Volksabstimmung das energische Eingreifen der deutschösterreichischen Regierung zum Schutze aller Opfer der ungarischen Konterrevolution in dem uns durch den Friedensvertrag zugesprochenen Lande. Der Reichsarbeitererrat fordert, daß das **Auslieferungsbegehren gegen die flüchtigen Revolutionäre aus Ungarn und Bayern endlich abgewiesen** werde und zugleich die noch internierten Revolutionäre auf freien Fuß gesetzt werden.

Der Reichsarbeitererrat **protestiert gegen die Rüstungen der Konterrevolution** in Deutschösterreich selbst. Er stellt fest, daß reaktionäre Klüngel unter passiver oder aktiver Teilnahme christlichsozialer und deutschnationaler Landesregierungsmitglieder in offenkundiger Verbindung teils mit der ungarischen, teils mit der bayrischen Konterrevolution in völliger Mißachtung der Bestimmungen des Friedensvertrages Heimwehren organisieren und Bürger und Bauern gegen die Arbeiter mit Kampfmitteln aller Art bewaffnen. Der Reichsarbeitererrat stellt weiter fest, daß die Vertreter der kapitalistischen Westmächte, die gegen jede Arbeiterwehr als gegen eine Verletzung des Friedensvertrages protestieren, gegen die Bewaffnung der Bourgeoisie und der Bauernschaft keine Einwendung erheben.

Angeichts dieser Tatsachen erklärt der Reichsarbeitererrat: Die Bestimmung des Friedensvertrages, die Deutschösterreich die **Volksbewaffnung** verbietet, kann nur **allgemein oder gar nicht durchgeführt werden**. Die deutschösterreichische Arbeitererschaft kann den Schutz der Republik der Wehrmacht, zu deren republikanischem Geist das Proletariat volles Vertrauen hat, überlassen, wenn auch Ungarn zur Abrüstung verhalten wird und wenn auch die Bourgeoisie und die Bauernschaft Deutschösterreichs entwaffnet wird. Wenn aber die ungarische Konterrevolution gegen Deutschösterreich rüstet und in Deutschösterreich selbst die Reaktion sich bewaffnet, dann ist auch die Arbeiterklasse Deutschösterreichs **gezwungen, Heimwehren aus verlässlichen Republikanern zu organisieren**.

Zur **Sicherung der Republik gegen die Bedrohung durch die Konterrevolution** fordert der Reichsarbeitererrat die **Demokratisierung der Verwaltung**, ohne die keine Verfassungsreform zugelassen werden kann, die **Entfernung von Bürokraten**, die die republikanische Verwaltung offenkundig sabotieren, die **Kommunalisierung der Polizei** und die **Besehung aller freien oder freierwerbenden Posten von der Polizei und Gendarmerie mit Klassenbewußten Arbeitern**.

Das **Gesetz über die Vermögensabgabe** darf keinesfalls hinter den bereits vorliegenden Minderheitsanträgen der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion zurückbleiben. Der Reichsarbeitererrat fordert, daß die proletarischen Vertrauensmänner in der Regierung demissionieren, sofern die Nationalversammlung die Vermögensabgabe dieser Mindestbedingungen nicht vor dem **Beginn der Sommerferien zum Gesetz erklärt**.

Der Reichsarbeitererrat.

Der Reichsarbeitererrat hat Mittwoch nach einer gehn-
tündigen ernstlichen und gedrängter Arbeit seine Beratung
beendet. Der bewegte, zum Teil leidenschaftlichen
Debatte lag die Resolution der Antragsprüfungs-
kommission zugrunde, die die Forderungen der Ar-
beiterklasse zur politischen Lage ungewissenheit zum
Ausdruck bringt. Die stärkste Grundstimmung der
Arbeiterklasse ist ihre warme Sympathie für das
heldenhafte kämpfende russische Proletariat, dem sie in
ihrem Beschlusse ihre brüderlichen Grüße entbietet. In der
klaren Erkenntnis, daß sich in dem Ringen Sowjet-
russlands das Schicksal der Revolution und Kontre-
revolution entscheidet, fordert der Beschluß die Einstellung
aller Lieferungen von Kriegsgerät nach Polen und Ungarn
und ruft die proletarischen Parteien Frankreichs,
Großbritanniens, Italiens und der Vereinigten
Staaten auf, auf ihre Regierungen einzuwirken,
daß die in Deutschland nach dem Friedensvertrag von
der Entente konfiszierten Kriegsgeräte nicht zum Kampfe
gegen Sowjetrußland ausgeliefert werden. Mit einem
wackeren Protest gegen die Mächtigungen der Kontrevo-
lution in Deutschland selbst fordert der Beschluß die
Vertreter der Arbeiterklasse in der Nationalversammlung
auf, die Koalition zu lösen, wenn das Bürgerthum dem
Staate die Mittel verweigere, die zu seinem wirtschaft-
lichen Aufbau notwendig sind.

Die Debatte war vor allem von dem Gegensatz zwischen
den Sozialdemokraten und den Kommunisten beherrscht.
Die tiefe Erbitterung, die die unbeherrschten Agitations-
methoden der Kommunisten in der organisierten Arbeiter-
schaft erzeugt, rang insbesondere bei den Delegierten
aus den Provinzen mit gleichsam elementarer Wucht
nach Ausdruck. Das zwiespältige Wesen der kommuni-
stischen Agitation, die Leidenschaftlichkeit ihrer Beschuldigungen
und die Unzulänglichkeit ihrer Anklagen erfüllten die
Genossen aus Steier, Deutsch-Wagram, Möllersdorf und
Linz mit schonungsloser Offenheit. Doch alles ehrliche Be-
mühen, das Verhältnis zu den Kommunisten auf sachliche
Grundlagen zu stellen, scheitert noch immer an dem
mangelnden Takt der Agitatoren.

Wurden auf dem Kongreß die Gegensätze zwischen
den Kommunisten und Sozialdemokraten wieder schmerzhaft
offenbar, so brachte er eine wahrhaft erquickende Ent-
spannung des Spannungszustandes zwischen der neuen
Linken und der Partei. Das gleichsam erlösende Wort
sprach Genosse Frey, der, nachdem er schon in einer
früheren Rede den Kommunisten rücksichtslos die Illusion
gerstörte, die sich aus der Bewegung der Arbeitsgemeinschaft
eine Spaltung der sozialdemokratischen Partei erhofft,
mit seltener Klarheit die seelische und geistige Verwur-
zung der Linken mit der sozialdemokratischen Partei
darlegte. In einer wahrhaft lichtvollen Rede wies Otto
Bauer auf den Unterschied zwischen der historischen Linken
und jener Gruppe in der Partei hin, die sich die neue Linke
nennt. Die Linke, die sich während des Krieges um Friedrich
Abler scharte und die geistige Wegbereiterin der geschich-
tlichen Umwälzung der nächsten Jahre wurde, war aus
dem prinzipiellen Kampfe geboren, der die Probleme des
Krieges und der österreichischen Monarchie aufrollte. Der
Kampf der neuen Linken, der sich im Grunde im Kampfe
gegen die Koalitionspolitik erschöpft, kann als ein prinzipieller
Kampf nicht angesehen werden. Mit der ihm eigenen
Gedankenschärfe entwidelte Bauer die taktischen Probleme,
die die Eigenart der Verhältnisse des vom Ausland
taufendfältig abhängigen Landes dem Proletariat stellt.

So liegen den Gegensätzen zwischen den Genossen der
neuen Linken und den übrigen Genossen nicht prinzipiell
verschiedene Auffassungen der historischen Situation,
sondern verschiedene Grade der Einsicht, der Reife, des
Temperaments zugrunde. Die wachsende Erkenntnis
der bedingten Handlungsfreiheit der Arbeiterklasse wird
auch eine Milderung der Spannungszustände bewirken.
Die zahlreichen „Anträge der Linken“, die zum Teil in
der von der Antragskommission verfaßten Resolution
verarbeitet waren, wurden abgelehnt, mit Aus-
nahme der Zusatzanträge Freys zu dieser Resolution, die
die Forderungen zur Vermögensabgabe in viel intransi-
genterer Form stellt. Im übrigen bekannte sich die über-
wältigende Mehrheit zur Politik des Reichsvollzugs-
ausschusses.

Am Schluß der Beratung nahm Richter noch
Gelegenheit, mit dem Walz abzurechnen. Walz hatte in
seiner gestrigen Rede behauptet, daß Richter die Kriegs-
gefangenenkommission, die im Auftrag der Staats-
kommission nach Rußland gereist war, als eine kom-
munistische „denunziert“ habe. Richter wies nun nach, daß die
kommunistische Partei selbst ein Radiotelegramm nach
Moskau abgab, in dem sie um die Unterstützung des
Büros der Dritten Internationale für „ihren Genossen“
bittet, woraus, da Radiotelegramme bekanntlich überallhin
gelangen, es alle Stellen, die es wissen wollten, erfahren
konnten, daß Walz und seine Kommission eben eine kom-
munistische ist.

Die Vormittagsagung war der Beratung des Organi-
sationsstatuts gewidmet, deren Bericht noch nachgetragen wird.
Der Entwurf der Reichsregulativ, der das alte Organisations-
statut in eine viel klarere, knappere Fassung goss, befreit
nun das wahre Monstrum einer Wahlordnung, wie sie für
die Arbeitslosen vorgesehen war und ihre Mandatszahl
nicht nach der Zahl der Abstimmenden, sondern nach der
Zahl der Wahlberechtigten zumah, was in Wien zum
Beispiel dahin führte, daß die Zahl der Gewählten
größer war als die Hälfte der tatsächlich Abstimmenden.

Die Leidenschaft, die in den dreitägigen Beratungen
des Kongresses häufig so stürmisch hervorbrach,
spiegelt die tiefe Liebe, von der die Vertrauensmänner
der Arbeiterklasse zur Idee der Bewegung erfüllt
sind. Die Ueberzeugung jedes einzelnen, das Rechte
für die Arbeiterschaft zu wollen und auch das Rechte
zu wissen, erweckte den heftigen Widerspruch jener, die
eine andere Auffassung, was dem Proletariat im Augen-
blick frommt, vertraten. Aber gemeinsam allen Richtungen,
die auf dem Kongreß zu Worte kamen, ist die grenzen-
lose Hingabe zur Sache des Sozialismus: sie ist die
Quelle aller Leidenschaften — und auch die Quelle
aller Gefühlsfähigkeiten. Sie in demokratischen Formen,
und nicht, wie das deutsche Proletariat, mit Feuerwaffen
auf der Straße auszutragen, dazu bietet der Arbeitererrat
das Instrument; er ist die Klammer, die alle Strö-
mungen des Sozialismus zusammenhält und ihre Kräfte
in den entscheidenden geschichtlichen Augenblicken zur
Aktion vereint. Diese Erkenntnis, die Erkenntnis von
der zwingenden Notwendigkeit des Arbeiterrates als
einigendes Band des entzweiten Proletariats,
wurde durch die klare Aussprache auf dem Kongreß
vertieft. Die Ueberzeugung, daß die Institution der Arbeiter-
räte ausgebaut werden müsse, ist das gefällige Ergebnis des
Kongresses, das rastlose Arbeit nun in die Tat um-
setzen muß.

Dr. Frey:

Friedländer hat gestern versucht, mit uns etwas Ball zu spielen, und einige Parteigenossen, ja sogar ein ganz erheblicher Teil unserer Parteigenossen, sind ihm auf dieses Spielchen ganz vergnügt eingegangen. Friedländer hat gemeint, die Rechte sei ihm lieber als die Linke. (Auf: Es gibt doch keinen Unterschied!) Er steht in uns so etwas wie ein lästiges Konkurrenzunternehmen. (Auf: Sehr gut!) Ich gebe Ihnen den sehr guten Rat, Genosse Friedländer, Sie können uns in ein paar Wochen über den Haufen rennen: Machen Sie nur eine bessere Politik! (Sehr richtig!) Wenn man eine Politik macht, daß man einen Tag erklärt, daß die Voraussetzung des aktiven Wahlrechtes für den Arbeiterrat, die gewerkschaftliche Organisation, wegfallen soll, und vierundzwanzig Stunden später das widerruft; wenn man feierliche Erklärungen abgibt: Der Arbeiterrat über alles, der Arbeiterrat hat alle Macht! und dann jeden Moment, wenn ein Beschluß gefaßt wird, erklärt, das ist nicht revolutionär; wenn man Statuten mitbeschließt und dann, wenn einem zufällig nach einiger kurzer Zeit diese Statuten gerade nicht passen, mit Umgehung der Statuten Vorteile für sich verlangt: dann sage ich Ihnen, das ist eine Politik, wenn Sie sie vergleichen mit der des Genossen Renner, daß ich — bei aller Gegenseitlichkeit zum Genossen Renner — lieber die Verantwortung für die Politik Renner als für die Politik Friedländer trage. (Zustimmung.) Friedländer ist aber uns sehr hergefallen mit ja, ja und nein, nein. Ich meine, Sie taumeln zwischen Ja und Nein innerhalb vierundzwanzig Stunden herum in der Sache der Gewerkschaften.

Friedländer war zum Schluß sehr offenerzig, er hat gesagt, solange diese Linke zur sozialdemokratischen Partei gehört, ist sie nichts wert. Genosse Friedländer, wir überlassen das Werturteil über uns ruhig den Arbeitern die haben darüber zu entscheiden, ob die Linke etwas wert ist oder nicht. Wenn Sie aber so offenerzig waren, so will ich Ihnen sagen, wie es mit uns in unserer Beziehung zu unserer Partei steht. Uns leitet an unsere Partei Herz, Verstand und Gewissen. (Lebhafte Zustimmung.) Das Herz, weil wir bei allen Gegenseitlichkeiten, wenn wir noch so scharf einander in die Haare fahren, wenn wir einander noch so scharfe Worte und noch manches mehr sagen, niemals vergessen, daß der Boden, auf dem wir stehen, durch eine unendliche Arbeit derselben alten Parteigenossen geschaffen wurde, die wir vielleicht heute bekämpfen (lebhafter Beifall), deren Leistungen aber, ob es sich um die Partei, ob es sich um die Gewerkschaften, ob es sich um die obersten Führer oder um die niedersten Vertrauensmänner handle, wir nie vergessen werden bei aller Gegenseitlichkeit. (Lebhafter Beifall.)

Uns leitet aber an die Partei auch der Verstand. Selbst wenn wir der Ansicht wären, daß die Verhältnisse in unserer Partei unerträglich wären, müßten wir Harren. Das hat sinnig sein, in einer Zeit, wo sich ein Ungewitter zusammenbraut, Hand an diese Partei zu legen. Und noch aus einem zweiten Grunde sagt uns der Verstand, daß es ein Wahnsinn wäre. Ja, glauben Sie denn, eine Partei ist nur so aus dem Boden zu stampfen? Welche unendliche Arbeit würde da dem Kampfe selbst entgegen!

Aber auch das Gewissen leitet uns an unsere Partei. Es ist wahr, der innere Konflikt zehrt an unserem Innern und zerreißt oft die Herzen. Es geht wahr-

scheinlich den Genossen der Rechten ebenso. Solange wir aber die Möglichkeit haben, auf dem Boden unserer Partei für das, was wir gemäß unserem Programme richtig halten, zu wirken, so lange wir die Hoffnung haben, daß wir wirken können, und zwar mit Erfolg — und diese Möglichkeit und Hoffnung haben wir und der Verlauf dieser Tagung zeigt es Ihnen —, so lange bleibt uns diese Partei heilig, mögen Sie sagen, was Sie wollen. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben in der Kommission zunächst eine große Resolution zusammengestellt, in der wir das zusammenfassen, was allen gemeinsam ist. Es ist also eine Resolution der Gesamtheit. Die Resolution ist von großer Bedeutung und es wird sehr bedeutsam sein, wenn wir sie einstimmig annehmen. Aber in gewissen Punkten haben wir ein Minderheitsvotum angekündigt und das muß ich Ihnen kurz begründen. Erstens in der Frage der Heimwehren. Wir sind der Ansicht, daß in dieser Frage energisch gesprochen und gehandelt werden muß. Während es in der Resolution ungefähr heißt, wenn die Entente es duldet, daß sich die Bauern und Bürger bewaffnen, dann wird sie sich nicht wundern dürfen, daß wir uns auch bewaffnen, sagen wir: Da die Bauern durchwegs bewaffnet sind und nunmehr die Bourgeoisie in Tirol, in Kärnten und in den anderen Alpenländern unter Führung christlichsozialer und deutschnationaler Landtagsmitglieder mit Gewehr, Handgranaten, Geschützen bewaffnet wurden, schließlich mit Rücksicht darauf, daß die Reaktion zum Staatsstreich gerüstet ist, fordert der Reichsarbeiterrat, daß in allen Orten unverzüglich Heimwehren aus verlässlichen Republikanern organisiert werden.

Der zweite Punkt, zu dem wir Ihnen einen Minderheitsantrag unterbreiten, ist die Vermögensabgabe. Wir sind der Ansicht, daß die Reichen rücksichtslos gepackt und die Kleinen geschont werden müssen. Daher lehnen wir diese Formulierung ab und stellen Ihnen den Minderheitsantrag in der Form, daß wir alle diese neuen Bedingungen, die wir in unserem Antrag gestellt haben, als Mindestbedingungen fordern. Das heißt, die Vermögensabgabe muß diesen Mindestbedingungen entsprechen und wenn sie ihnen nicht entspricht, so müssen unsere Genossen demissionieren. Genossen, vor Ihnen liegen wichtige Entscheidungen. Wir brauchen der Zukunft gar nicht so bange entgegenzusehen. Sorgen Sie dafür, daß wir Klarheit haben, und sorgen Sie dafür, daß wir Bereitschaft haben. In diesem Sinne müssen Sie beschließen und entscheiden! (Lebhafter stürmischer Beifall.)

Die Abstimmung

Nun folgt die Abstimmung. Der Passus über die **B e r-
m ä ß e n s a b g a b e** wird in der an der Spitze des Blattes
angestellten Fassung (Antrag Frey) angenommen. Weiter
wird noch folgender Antrag Frey als Zusatz beschlossen:

Da die **B a u e r n** **d u r c h w e g s** **b e w a f f n e t**
sind und nun die Bourgeoisie in Tirol, Kärnten und in den
anderen Alpenländern unter der Führung christlichsozialer und
deutschnationaler Landesregierungsmitglieder alle **r e-
a k t i o n ä r e n** **E l e m e n t e** **o f f e n** **i n** **H e i m-
w e h r e n** **o r g a n i s i e r t** und mit Gewehren, Hand-
granaten, Maschinengewehren, Geschützen bewaffnet, schließlich
mit Rücksicht darauf, daß die **d e u t s c h e** **R e a k t i o n**
zum Staatsstreich rüstet, fordert der Reichsarbeiterrat: In
allen Orten haben die Arbeiterräte unverzüglich Heimwehren
aus verlässlichen Republikanern zu organisieren.

Arbeiter-Zeitung, 3.6.1920, S.3

Der Kongreß der Reichsarbeiterräte.

Die Stimmung der Reichsarbeiterräte, der gestern im Festsaal des Alten Rathhauses zusammentrat, spiegelt deutlich die Radikalisierung der Massen, die sich in den letzten Monaten in Österreich vollzogen hat. Schon der Umstand, daß, obwohl der Reichsarbeiterrat — da seine Wahlen über sechs Monate zurückliegen, an vielen Orten, vornehmlich in Steiermark, die Räte überhaupt nicht ordnungsgemäß gewählt wurden, die Kommunisten an vielen Orten bei den Wahlen zu den höheren Körperschaften benachteiligt wurden — kein vollkommenes, getreues Bild der augenblicklichen Machtverhältnisse im Proletariat gibt, doch der Standpunkt der koalitionsfreundlichen Rechten kaum von einem Drittel der Delegierten vertreten wird, zeigt, wie starke Fortschritte die Verschiebung nach links gemacht hat.

Es war denn auch die Tagung beherrscht von dem fast einmütigen Kampfeswillen gegen die Reaktion. Redner an, Redner trat auf und betonte die Notwendigkeit, mit dem Kampfe gegen die Reaktion ernst zu machen. Die Landesvertreter von Salzburg und Kärnten fanden scharfe Worte gegen den Pazifismus zu dem die Sozialdemokraten die Arbeiter erzogen haben, sie schilderten anschaulich die Missetaten der Reaktion in den Ländern, denen man in aller Entschiedenheit entgegenzutreten müsse. Hatte man die Kommunisten noch vor wenigen Monaten verspottet, als sie die Bewaffnung der Arbeiterschaft forderten, so ist diese Forderung heute Gemeingut von fast zwei Dritteln der Delegierten. Mit Ausnahme der Steiermärker wandten sich fast alle Landesvertreter mit größter Entschiedenheit gegen das fortwährende Nachgeben, gegen die „Koalitioniererei“, was sich auch darin zeigte, daß Otto Bauers lange Rede, in der er die Notwendigkeit der Koalition zu bekräftigen suchte, nur bei einer Minorität der Delegierten Zustimmung fand.

Fast alle Redner betonten die Notwendigkeit der Erhaltung des Arbeiterrates. Auch die Linzer Sozialdemokraten, die ursprünglich den Antrag eingebracht hatten, „die Zusammenarbeit mit den Kommunisten im Arbeiterrat aufzugeben“, hatten in Würdigung der allgemeinen Stimmung sich gezwungen gesehen, noch vor Beginn der Tagung diesen Antrag zugunsten eines anderen, der „die Einsetzung einer Kommission, die die Möglichkeit eines weiteren Zusammenarbeitens untersuchen soll“, zurückzuziehen.

Wie voranzugehen, trat die Linke gegen die Rechte auf, indem sie — die Kommunisten als die Sprenger des Arbeiterrates bezeichnete. Freyder in seinen scharfen Angriffen gegen Adler sehr richtig das Doppelspiel jener Brandmarke, die zwar für den Arbeiterrat eintreten, aber ihn zu einer Farce herabwürdigen wollen, was der Räteidee mehr schade, als wenn sie sich offen als Feinde des Arbeiterrates bekennen würden, konnte er sich nicht verlagern, das Märchen aufzutischen, die Kommunisten arbeiten gleichfalls auf eine Sprengung des Arbeiterrates hin. Die Begründung für diese Behauptung, war genau so köstlich, wie der Vorwurf des Pazifismus. Gegen den Arbeiterrat sollen die Kommunisten sein, obwohl sie, wie er erklärte, den größten Nutzen aus dieser Institution ziehen; Putschisten sind die Kommunisten, weil in Linz hungrige, verelendete Proletarier ihrer Verzweiflung in einer wilden Straßendemonstration Luft gemacht haben!

Im übrigen befinden sich die Sozialdemokraten in der Linzer Sache auf vollem Rückzuge. Kein Wort von der „Blutschuld der Kommunisten“ war mehr zu hören, ja der Obmann des Linzer Arbeiterrates mußte zugeben, daß die Kommunisten nicht die Schuld an dem Alibiabtrieb. Seine Ansicht allerdings, sie hätten, um sich vollkommen zu rechtfertigen, jede Verbindung mit den Demagogen leugnen, d. h. also über die hungrigen, verelendeten Massen, den Stab brechen sollen, zeigt nur, daß er weniger Solidarität mit den am meisten Leidenden Schichten des Proletariats besitzt, als die Kommunisten.

Genosse Koritschner, der gestern von den Kommunisten zu Wort kam, legte ganz klar unsere Stellung zu den Arbeiterräten dar. Er betonte mit starkem Nachdruck, daß die Kommunisten unentwegt für die Arbeiterräte zu kämpfen willens sind, daß aber ein Ausritt der Rechten uns nicht schaden könne. Der Arbeiterrat werde auch dann bestehen, nur an Kraft gewinnen. Er wandte sich mit aller Schärfe gegen alle Verleumdungen von rechts, wie gegen die Unterstellung, daß die Kommunisten die Gewerkschaften sprengen wollen oder im letzten Eisenbahnerstreik eine Koalition mit den Deutschnationalen gebildet hätten. Zum Schluß behandelte er ausführlich die Waffenlieferungen an Polen und forderte, daß deren Verhinderung großzügig und planmäßig organisiert werden solle.

Frej (Soz. Arbeitsgemeinschaft revol. A. A.) versteht zuerst Frej Adler einen kleinen Rippenstoß, weiß er sich über die bisherige Tätigkeit des Reichsvollzugsausschusses vollständig ausgesprochen und überdies die Auffassung vertreten hatte, daß der Zweck des Arbeiterrates darin bestehe, ein Spiegelbild der in der Arbeiterschaft herrschenden Stimmung zu sein. Frej wendet sich scharf dagegen: Der Arbeiterrat müsse aktive Politik machen. Dazu sei es notwendig, sich über die Aufgaben der Arbeiterräte in der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage klar zu werden. Diese ist mit einem kurzen Satz gekennzeichnet: Die Massen hungern. Das Lebensmark des Proletariats ist völlig aufgezehrt. Die bessere Versorgung der Arbeiterschaft ist heute das wichtigste Problem, das nur gelöst werden kann, wenn dem Staat so rasch wie möglich bedeutende Geldmittel zum Ankauf von Lebensmitteln zur Verfügung gestellt werden. Daher

rascheste Durchführung der Vermögensabgabe.

Redner bespricht die einzelnen Anträge, die die S. A. A. zu dieser Frage eingebracht; sie gipfeln in der Forderung, daß die proletarischen Vertrauensmänner in der Regierung bemissionieren, sofern die Nationalversammlung die Vermögensabgabe auf Grundlage der angeführten Bedingungen (u. a. Entziehung der Vermögensabgabe in zwei Halbjahresraten, Besteuerung des Kirchenvermögens, entsprechende Besteuerung des landwirtschaftlichen Vermögens) nicht länger

ben bis zum 20. Juni zum Gesetz erhebt.* Dann kommt Frej auf die eifrigen Vorbereitungen der Rektionäre zu sprechen. In den Alpenländern sind Bürger und Bauern bis an die Zähne bewaffnet. Unter dem harmlosen Titel der

Gelmwehren

wird eine regelrechte Wehrmacht aufgestellt. Angekündigte Tatsachen müsse die Arbeiterschaft zur Bildung von Abwehrorganisationen schreiten: also

Bewaffnung des Proletariats.

Für die Koalition findet Frej wenig freundliche Worte, obwohl er einst treu zu ihr hielt. „Es ist müßig, zu fragen, was die Koalition geleistet hat, sondern zu untersuchen, wohin sie führt.“ Und da kommt ihm endlich die Erkenntnis, daß sie zur Schwächung des Proletariats und zur Stärkung der Bourgeoisie und letzten Endes zum Bürgerkrieg führt. Wenn den Kommunisten die Koalition mit den Deutschnationalen im letzten Eisenbahnerstreik vorgeworfen wird, so muß man fragen, ob nicht auch die Koalition der Rechten mit den Christlichsozialen eine Pumperlei ist, denn um was sind die Christlichsozialen besser als die Deutschnationalen? (Lebhafter Widerspruch, Unruhe.) Nachdem Frej so nach Rechts ausgeschlagen, kann er es sich nicht ver sagen, auch den Kommunisten eins zu versetzen. Er wirft ihnen Koalitionsgegenseitigkeit mit der Rechten zur Sprengung des Arbeiterrates vor. Zum Beweis führt er die Taktik der Kommunisten bei der letzten Straßen demonstration an. (Offenbar hat er es noch nicht bemerkt, daß ihn die klare Stellungnahme der Kommunisten an die Seite der Rechten gedrängt hatte.) Auch die Linger Ereignisse — ein von den Kommunisten arrangierter Putz nach seiner Meinung — beweisen die arbeiterratsfeindliche Haltung der Kommunisten. Uffig wird Frej aber, wenn er es den Kommunisten zum Vorwurf macht, daß sie um jeden Preis Klarheit wollen. Daß das gerade den „Sinten“ sehr wider den Strich geht, verstehen wir vollkommen. Nachdem er den Kommunisten ihre Absicht, den Arbeiterrat zu sprengen, vor Augen gehalten, weist er nach, daß gerade die Partei der Kommunisten aus dem Arbeiterrat den größten Vorteil ziehe, woraus doch nur folgt, daß die Kommunisten die Sprengungsabsicht gar nicht haben können. Von Dutchotes Kampf gegen Windmühlflügel. Frej schließt unter großem Beifall mit einem vornehmlich an die Kommunisten (!) gerichteten Appell, den Arbeiterrat, komme, was da wolle, aufrechtzuerhalten.

Freß (S. A. R. A.): Ich will vor allem über unser Verhältnis zu unserer Partei sprechen. An sie lassen uns drei Dinge: Herz, Verstand und Gewissen. Das Herz sagt uns, daß wir nicht so ohne weiteres von unseren alten Parteigenossen gehen können, deren Leistungen wir niemals vergessen werden. Der Verstand widerrät uns, eine neue Partei zu gründen, da sich eine solche nicht aus dem Boden stampfen läßt. Der Verlauf der heutigen Tagung hat gezeigt, daß die Reden, die hier gehalten wurden, nicht überflüssig waren. Redner bespricht nun die von seiner Fraktion eingebrachten Minderheitsanträge. In der Frage der *V e r m ö g e n s a b g a b e* gibt es kein Pattieren mehr, jetzt heißt es: *e n t w e d e r — o b e r*. Nach diesem energischen Ruck sinkt Freß wieder zusammen: Den von uns vorgeschlagenen **Befristungstermin ziehen wir zugunsten des Kommissionsantrages zurück,**

der die Befristung auf den Beginn der Sommerferien festsetzt. Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik müssen wir zu einem positiven Ergebnis kommen, da uns sonst die Arbeiter auslachen. Der Antrag der Kommunisten auf *Einführung eines Ueberwachungsausschusses für die Munitionslieferungen* soll dem R. B. A. zugewiesen werden. Ich wünschte nur, daß recht viele Kommunisten in diesen Ausschuss hineinkommen; damit nicht Gen. Adler, der sich die Füße wund gelaufen hat, wie bisher alle Arbeit allein machen muß. (Damit ist auf die Bunde von vorgestern ein Pflasterchen geklebt!) Zum Schluß noch ein Wort über den Weg, den wir jetzt zu gehen haben. Auf der einen Seite führt uns der Weg zur Koalition und ins Verderben. Die Koalitionsgenossen werden uns, wenn sie sich entsprechend mit Waffen versorgt haben, einen Fußtritt geben, ähnlich wie in München. Auf der anderen Seite ist ein Weg, der erst gebahnt werden muß, den müssen wir aber gehen. Ich bin nicht absolut gegen die Koalition, nur gegen die mit unseren *K r a s s e n K l a s s e n g e g n e r n*: den Finanzkapitalisten, den Unternehmern, den Großbauern, aber für eine solche mit den Kleinbauern, Angestellten u. a., obwohl diese keine eigene Partei haben; eine solche ist ja auch nicht notwendig. Dorthin hat auch keine Partei gehabt; die Diktatur hat hundert Millionen Abstufungen. (Gen. Freß soll sich hier nicht über böswillig entstellte Berichterstattung zu beschlagen haben!) Was wir brauchen ist Klarheit, darum Scheidung von den krasse Klassengegnern, und Bereitschaft!

Wien, 17. September 1920.

Werter Genosse!

Allerlei persönliche Umstände und geschäftliche Ueberbürdung gestatten mir erst heute, Ihr Schreiben vom 11. ds. zu beantworten.

Ich mache gerne Gebrauch von Ihrem Angebot, einer persönlichen Unterredung über Ihre Stellungnahme gegenüber Dr. Frey und lade Sie ein, mich telephonisch anzurufen, damit wir Zeit und Ort vereinbaren.

Schon heute möchte ich jedoch eines feststellen. Auch ich teile in vielen Richtungen die Bedenken, die öffentlich und privat über die Tätigkeit des Dr. Frey geäußert werden und wenn ich ^{nach} selbst vieles auf Rechnung der erregten Parteikämpfe stelle, so bleibt doch immer genug übrig, um Ihre ablehnende Haltung zu begründen. Wenn ich mich trotzdem ich spreche nur von mir, weil der politische Schriftleiter des "Abend" auf Urlaub ist - entschlossen habe, dem Ersuchen des Dr. Frey nach Gastfreundschaft zu entsprechen, so geschah es, weil ich grundsätzlich der Meinung bin, dass Kämpfe zwischen Sozialisten nicht mit den alten Mitteln der Bourgeoisie ausgetragen werden sollten. Ich erinnere mich noch sehr genau an die berechtigte Wut der Sozialdemokraten über die Saalabtreibung ⁱⁿ und kann Zeitungs- und Druckereiabtreibungen nicht zulässig finden. Nur deshalb, keineswegs etwa aus Sympathie für die Person und die Richtung des Mannes, habe ich ihm für den Aufruf und seine Äußerungen Gastfreundschaft im "Abend" gewährt. Ein Weiteres zu tun, beabsichtigen wir nicht, auch deshalb, weil sich Herr Dr. Frey sein Zeitungsorgan erhalten hat. Ich füge noch hinzu und es wird vielleicht für Ihr Urteil über meine Auffassung von einigem Gewichte sein, dass Herr Dr. Frey zu der Zeit, als er noch der sehr mächtige Kommandant der Volkswehr war, es an persönlicher und sachlicher Gehässigkeit gegenüber uns vom "Abend" wahrlich nicht hat fehlen lassen.

Trotzdem glaubte ich, wie gesagt, ihn im Augenblick der Ver-
folgung nicht von mir weisen zu sollen. Das mag vielleicht zu ritterlich ge-
wesen sein, aber es ist ein Fehler, den ich mir mit Beruhigung vorwerfen las-
se.

Ich ermächtige Sie gern, von dem Inhalt dieses Schreibens
Ihren Kameraden Mitteilung zu machen.

Ho chachtungsvoll

m. l. 94.

*No Collecty
from 1870 to 1891.*

Herrn

Josef Abraham,

Sold. Rat d. J. R. 1/II. Baon.

Wien, VII.

stiftskasene

Zur Geschichte der sozialdemokratischen Linken.

Die Leser des „Roten Gewerkschafter“ wissen, daß dieses für den revolutionären gewerkschaftlichen Kampf herausgegebene proletarische Kampfblatt seit 8. Oktober 1921 unter obigem Titel erscheint. Der „Rote Gewerkschafter“ ist die Fortsetzung der Wochenschrift „Der Arbeiterrat“. Die erste Nummer des „Arbeiterrat“ erschien am 20. Dezember 1919. „Der Arbeiterrat“ wurde gegründet als Organ der Arbeiterräte. Es waren revolutionäre Sozialdemokraten, die als Arbeiterräte im November 1919 zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammentraten und als Opposition gegen die reformistischen Führer der Sozialdemokratischen Partei, die Herausgabe eines revolutionären Wochenblattes beschlossen. „Der Arbeiterrat“ erschien deshalb als Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterräte Deutschösterreichs.

Diese sozialdemokratische Opposition wurde kurzweg „Die Linke“ genannt. Der eigentliche Geburtstag der „Linken“ war der 15. Juni 1919, jener blutige Tag des Wiener Proletariats, an welchem die österreichische Reaktion, die sich in der Umsturzzeit, im November 1918, feig in alle Winkel verkrochen hatte, ihre Zeit gekommen glaubte, dem revolutionären Willen des Proletariats entgegentreten zu können. Damals, am 15. Juni 1919, anläßlich einer gewaltigen Massenbe-

monstration für die kommunistischen Führer, überfiel in der Hörlgasse die Schober-Garde als Werkzeug der reaktionären Macht, die in geschlossenem Zuge dahinflutenden Massen der Proletarier. Die Polizei mußte zurückweichen, weil die damals proletarische Stadtschutzwache, nicht gewillt, auf Proletarier zu schießen, den Dienst versagte und abmarschierte. Die Schober-Gardisten, die im Galopp davonritten und erst zwei Gassen später sich wieder zu sammeln getrauten, warteten auf Verstärkung und als diese eingetroffen war, gingen sie nun mutig wieder im Galopp vor und ohne Warnung wurden auf die Demonstranten zwei Salven abgegeben. Man muß zur richtigen Beurteilung dieser Mordaktion bedenken, daß unter den Demonstranten, die jetzt an dieser Stelle vorbeimarschierten, nicht ein einziger von dem vor einigen Minuten stattgefundenen Zusammenstoß mit der Polizei auch nur eine Ahnung hatte. Die Wirkung der zwei Salven war eine furchtbare. Der ganze Raum der Straßenkreuzung war bedeckt von Toten und Verwundeten.

Genosse Rothe als damaliger Redakteur der Arbeiter-Zeitung war als Bericht erstatter während der ganzen Zeit anwesend. Und nun zeigte sich ein sehr merkwürdiges Verhalten der sozialdemokratischen Führer. Der Bericht des Genossen Rothe als Redakteur der Arbeiter-Zeitung wurde von dieser nicht gebracht und als er ankündigte, daß er die wahrheitsgemäßen Tatsachen im Kreisarbeiterrat zur Sprache bringen werde, wurde das als gegen die Interessen der Partei ver-

stoßend ihm widerraten. Damals war die Zeit der Koalitionsregierung der Sozialdemokraten und Christlichsozialen. Da Genosse Eldersch als Minister des Innern im Nationalrat die Verantwortung für die Polizei und ihren brutalen Vandalismus zu tragen gehabt hätte, sollte das ganze ungeheuerliche Geschehen totgeschwiegen werden. Genosse Nothe erklärte, daß ihm in diesem Falle die Interessen des Proletariats höher ständen als die Interessen der Parteiführer.

Er brachte deshalb die unmenschlich brutale und gänzlich unbegründete Mordtat der Polizei im Wiener Kreisarbeiterrat zur Sprache und setzte einen Beschluß auf Einsetzung einer Untersuchungskommission durch. Die Tat der Polizei wurde vom Kreisarbeiterrat verurteilt. Die Finken hatten sich das erstemal zusammengefunden.

Die neue Zeitung „Arbeiterrat“ — ein journalistisches Ereignis.

Ohne administrative Vorbereitung, ohne irgend eine finanzielle Grundlage, wurde die erste Nummer des „Arbeiterrat“ herausgegeben. Der Leitartikel hieß „Sowjetrußlands Heldenkampf“. In der zweiten Nummer war der Aufruf der neuen Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterräte, in der dritten, zum Gedächtnis an die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs, die ein Jahr vorher die Empörung aller revolutionären

Proletarier auslöste, erschienen mehrere Artikel über wahres Heldentum. Der Erfolg ging über alle Erwartungen. In kürzester Zeit stieg die Auflage auf 17.000. Aus den Betrieben und von den Vertrauensmännern in der Provinz gingen herzliche Zustimmungskundgebungen ein. Auch Genosse Frey schloß sich der Arbeitsgemeinschaft an. Da die Führer der Sozialdemokratie es nicht glauben wollten, daß in der Zeit, wo wegen der ständigen Kronenentwertung und des kaum erschwinglichen Preises des rationierten Zeitungspapieres eine Anzahl bürgerlicher Tagesblätter ihr Erscheinen einstellen mußte, ein neues Arbeiterblatt, das sich ohne bürgerliche Infiltrate durchkämpfen mußte, sich der neue „Arbeiterrat“ ohne fremde Zuschüsse erhalten könne, so sei hier ausdrücklich noch einmal festgestellt, daß wir nirgends eine wie immer geartete Unterstützung bezogen, weder von Moskau, noch, wie vielfach behauptet wurde, von den italienischen Genossen. „Der Arbeiterrat“ ist aus eigener Kraft der wenigen Genossen, die in idealer Umgebung für ihn arbeiteten, gegründet und erhalten worden. Dabei zeigte es sich, daß mancher dieser Genossen, die mitarbeiten wollten, nicht in der Lage war, seine Kraft in dem notwendigen Ausmaße weder redaktionell noch administrativ im erforderlichen Momente einer augenblicklich zu leistenden Zeitungsbearbeitung zur Verfügung zu stellen. Um so größer wurde natürlich für die geringere Zahl der Arbeitskräfte die Arbeitslast. Die Arbeit wurde, außer einer geringen Entschädigung für die Expedition unentgeltlich geleistet.